

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Botschaft des Königreichs Marokko sieht sich veranlasst, aufgrund von Vorwürfen und Beschwerden, die gegenüber Marokko erhoben werden, in Bezug auf die Behandlung illegaler Immigranten, folgendes klarzustellen:

Marokko sieht sich seit mehreren Jahren mit dem Problem der illegalen Immigration durch Immigranten aus Subsaharaländern konfrontiert. Die Menschen, die nach Europa immigrieren möchten, begeben sich nach Marokko, welches aufgrund seiner geographischen Lage, als eine Brücke zum europäischen Kontinent erscheint. So haben Tausende von Menschen aus dem Subsaharagebiet die Wüste mehrerer Nachbarländer durchquert (Algerien, Mali, Mauretanien) und haben sich in Marokko vorläufig niedergelassen, um die Gelegenheit abzuwarten, nach Spanien emigrieren zu können, sei es mit dem Ziel, das Meer zu überqueren oder in die Enklaven Ceuta und Melilla einzudringen zu versuchen. Dieses Phänomen hat eine Situation nach sich gezogen, die durch kriminelles Verhalten, wie Menschenhandel, Drogenhandel und Ähnliches gekennzeichnet ist.

Marokko hat versucht, dieses Phänomen einzudämmen, hat es dabei aber immer abgelehnt und vermieden, massive Abweisungen durchzuführen. Die Festnahmen, die regelmäßig stattgefunden haben, wurden individuell überprüft. Danach wurden die illegalen Einwanderer unter Wahrung ihrer Rechte und ihrer Würde in ihr Herkunftsland zurückgeführt.

Die Entscheidung Spaniens, die Höhe des Grenzzauns auf 6m zu erhöhen, hat zu einem massiven Ansturm dieser illegalen Einwanderer nach Ceuta und Mellila in mehreren Wellen geführt, zumal der Weg über das Meer, aufgrund der guten marokkanisch-spanischen Zusammenarbeit erschwert wurde.

Über den Verlauf der Ereignisse wurde in der Presse manchmal auch einseitig berichtet. Dies hatte zur Folge, dass eine Protestwelle aus Kreisen verschiedener Persönlichkeiten und Organisationen entstand, eine Protestwelle, die sich mit der Art und Weise, in welcher Marokko sich in dieser Angelegenheit verhalte, befasste.

So wurde Marokko vorgeworfen, nicht genügend Bemühungen einzusetzen, um gegen die illegale Einwanderung anzukämpfen. Es muss bekräftigt werden, dass Marokko im Rahmen seiner Möglichkeiten vielfach sofortige als auch vorbeugende Maßnahmen ergriffen hat, um für dieses Phänomen eine menschenwürdige Lösung zu finden. Die Lösung dieses schwierigen Problems erfordert jedoch die Zusammenarbeit aller betroffenen Länder, insbesondere der Länder der Europäischen Union. Es liegt auf der Hand, dass Marokko dieses Problem allein nicht lösen kann. In Anbetracht der Schwere der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Herkunftsländer der Immigranten, obliegt es den Ländern der Europäischen Union, in Zusammenarbeit mit den von dem Phänomen betroffenen Ländern, kurz-mittel- und langfristige Lösungen einzuleiten.

In einigen Presseartikeln wird Marokko beschuldigt, den Befehl erteilt zu haben, auf Emigranten zu schießen. Im diesem Zusammenhang muss ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass es weder in der Tradition, noch in der Ethik Marokkos liegt, auf unschuldige Menschen zu schießen. Die Schüsse, die abgegeben wurden, geschahen erwiesenermaßen im Zuge der Selbstverteidigung. Die marokkanischen Sicherheitskräfte sahen sich gezwungen, Angriffe einzelner Emigranten abwähren zu müssen. Es ist sehr zu bedauern, dass einige Schwarzafrikaner in der allgemeinen Verwirrung beim Fluchtversuch zu Tode getreten wurden.

Zurzeit sind alle Flüchtlinge, die im Freien gelagert hatten, untergebracht und mit Nahrung versorgt. Dies alles geschieht unter strikter Respektierung der Menschenwürde.

Mit der Krise eines solchen Ausmaßes konfrontiert, ist es Marokko nach langwierigen Verhandlungen gelungen, nach Abstimmung mit den Herkunftsländern der Flüchtlinge, diese Personen mit Sonderflugzeugen in ihre Heimatländer zurückzuführen. Die durch das Management dieser Krise entstandenen Kosten wurden bisher ausschließlich von Marokko getragen, bis die von Europa versprochene Hilfe eintrifft.

An dieser Stelle ist es wichtig, noch einmal zu betonen, dass Marokko in dieser schwierigen Situation unter strenger Einhaltung der Menschenrechte und mit allem Respekt der menschlichen Würde agiert und weiterhin agieren wird. Und dies solange, bis in Zusammenarbeit mit seinen Partnern, ein akzeptabler Ausweg gefunden wird.

In diesem Rahmen appellierte Marokko an seine Nachbarstaaten und insbesondere an Algerien, ihre Grenzen zu sichern. Die marokkanische Regierung wandte sich ebenfalls an die Europäische Union, dem Kampf gegen die illegale Einwanderung mehr politischen Vorrang einzuräumen.

Des Weiteren hat Marokko zu einer Euro-Afrikanischen Ministerkonferenz eingeladen, mit dem Ziel, die bestehenden Probleme gemeinsam zu besprechen, um zu einer Lösung dieser Fragen zu gelangen, unter Berücksichtigung aller damit zusammenhängenden Aspekte.

Rachad BOUHLAL
Botschafter